

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

Jahrgang 1999

Ausgegeben am 26. November 1999

Teil III

---

**216. Auslieferungsvertrag zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika**  
(NR: GP XX RV 1083 und Zu 1083 AB 1343 S. 135. BR: AB 5743 S. 643.)

---

### 216.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

#### **AUSLIEFERUNGSVERTRAG ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, unter Hinweis auf den Auslieferungsvertrag zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika und den Notenwechsel betreffend die Todesstrafe, unterzeichnet in Wien am 31. Jänner 1930 <sup>1)</sup>, und das Zusatzabkommen hiezu, unterzeichnet in Wien am 19. Mai 1934 <sup>2)</sup>;

unter Feststellung, daß sowohl die Republik Österreich als auch die Vereinigten Staaten von Amerika gegenwärtig die Bestimmungen dieses Vertrages anwenden;

in dem Wunsch, eine wirksamere Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten zur Verbrechensbekämpfung zu ermöglichen und zu diesem Zweck einen neuen Auslieferungsvertrag zu schließen;

haben folgendes vereinbart:

#### **Artikel 1**

##### **Auslieferungsverpflichtung**

Die Vertragsparteien werden nach den Bestimmungen dieses Vertrages Personen ausliefern, die von den Behörden des ersuchenden Staates wegen auslieferungsfähiger strafbarer Handlungen verfolgt werden oder schuldig erkannt worden sind.

#### **Artikel 2**

##### **Auslieferungsfähige strafbare Handlungen**

(1) Die Auslieferung wird wegen strafbarer Handlungen bewilligt, die nach dem Recht beider Vertragsparteien mit mehr als einjähriger Freiheitsbeschränkung oder strengerer Strafe bedroht sind.

(2) Die Auslieferung zur Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder einer von einem Strafgericht angeordneten freiheitsbeschränkenden vorbeugenden Maßnahme wegen einer oder mehrerer der in Absatz 1 angeführten Handlungen wird nur bewilligt, wenn die noch zu vollstreckende Freiheitsstrafe oder die vorbeugende Maßnahme mindestens drei Monate beträgt.

(3) Wird die Auslieferung nach Absatz 1 oder 2 bewilligt, so wird sie auch für jede andere strafbare Handlung bewilligt, selbst wenn die in den genannten Absätzen festgelegten zeitlichen Voraussetzungen nicht zutreffen, sofern sämtliche übrigen Erfordernisse für die Auslieferung vorliegen.

(4) Für die Zwecke dieses Artikels wird die Auslieferung unabhängig davon bewilligt,

a) ob die Gesetze in den Vertragsstaaten die strafbare Handlung in die gleiche Kategorie strafbarer Handlungen einordnen oder die strafbare Handlung mit gleichen Begriffen umschreiben,

---

<sup>1)</sup> Kundgemacht in BGBl. Nr. 287/1930

<sup>2)</sup> Kundgemacht in BGBl. II Nr. 257/1934

- b) ob in Abgaben-, Steuer-, Zoll-, Devisen- und Außenhandelsstrafsachen die Gesetze der Vertragsstaaten dieselbe Art von Abgaben, Steuern oder Zöllen, oder dieselbe Art von Devisenbeschränkungen oder Außenhandelsbeschränkungen hinsichtlich derselben Art von Waren vorsehen; und
- c) ob die Bundesgesetze der Vereinigten Staaten lediglich zur Begründung der Zuständigkeit eines Bundesgerichtes der Vereinigten Staaten für eine strafbare Handlung Tatbestandsmerkmale wie die Beförderung von Personen und Sachen zwischen den Bundesstaaten oder den Gebrauch der Post oder anderer Mittel zur Durchführung des Handels zwischen den Bundesstaaten oder des Außenhandels erfordern.

(5) Unter den in Absatz 1 festgelegten Voraussetzungen soll eine strafbare Handlung auch auslieferungsfähig sein, wenn sie in einem Versuch oder in einer Verabredung zu oder Teilnahme an der Begehung einer strafbaren Handlung besteht.

(6) Die Auslieferung kann für auslieferungsfähige strafbare Handlungen unabhängig davon bewilligt werden, wo die Tat oder die Taten, die die strafbare Handlung begründen, begangen worden sind.

### **Artikel 3**

#### **Staatsangehörigkeit**

(1) Keine Vertragspartei ist verpflichtet, eigene Staatsangehörige auszuliefern. Die zur Behandlung zuständige Behörde des ersuchten Staates ist berechtigt, solche Personen auszuliefern, wenn dies nach ihrem Ermessen angebracht erscheint und das Recht des ersuchten Staates dies nicht ausschließt.

(2) Wird die Auslieferung ausschließlich wegen der Staatsangehörigkeit der auszuliefernden Person abgelehnt, so unterbreitet der ersuchte Staat auf Begehren des ersuchenden Staates die Angelegenheit seinen Behörden zur Strafverfolgung.

### **Artikel 4**

#### **Politische und militärische strafbare Handlungen**

(1) Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn die strafbare Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, eine politische strafbare Handlung ist.

(2) Für die Zwecke dieses Vertrages werden die folgenden strafbaren Handlungen nicht als politische strafbare Handlungen angesehen:

- a) Mord;
- b) ein anderes vorsätzliches Verbrechen gegen die Person des Staatsoberhauptes eines der Vertragsstaaten oder gegen ein Mitglied der Familie des Staatsoberhauptes; und
- c) eine strafbare Handlung, derentwegen beide Vertragsstaaten auf Grund eines mehrseitigen, internationalen Übereinkommens verpflichtet sind, den Verfolgten entweder auszuliefern oder die Angelegenheit den eigenen zuständigen Behörden zur Entscheidung über die Strafverfolgung zu unterbreiten.

(3) Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn die zur Behandlung zuständige Behörde des ersuchten Staates entscheidet, daß das Ersuchen aus politischen Beweggründen gestellt wird.

(4) Der ersuchte Staat kann die Auslieferung für Handlungen des Militärstrafrechtes ablehnen, die nicht auch strafbare Handlungen des allgemeinen Strafrechtes sind.

### **Artikel 5**

#### **Gerichtsbarkeit des ersuchten Staates**

(1) Die Auslieferung kann abgelehnt werden, wenn die auszuliefernde Person im ersuchten Staat wegen derselben strafbaren Handlung verfolgt wird, für die um Auslieferung ersucht worden ist.

(2) Die Auslieferung kann unbeschadet des Absatzes 1 bewilligt werden, wenn die zuständigen Behörden des ersuchten Staates entschieden haben, gegen die auszuliefernde Person wegen der strafbaren Handlung, für die um Auslieferung ersucht worden ist, kein Strafverfahren einzuleiten oder ein bereits gegen die auszuliefernde Person wegen dieser Taten anhängiges Strafverfahren einzustellen.

### **Artikel 6**

#### **Grundsatz Ne Bis in Idem**

(1) Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn die auszuliefernde Person von den zuständigen Behörden im ersuchten Staat wegen der strafbaren Handlungen, für welche die Auslieferung begehrt wird, bereits rechtskräftig verurteilt oder freigesprochen wurde.

(2) Ein Freispruch oder eine Einstellung wegen des Fehlens der Gerichtsbarkeit ist kein Hindernis für eine Auslieferung.

#### **Artikel 7**

##### **Verjährung**

Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn die Strafverfolgung oder die Vollstreckung der Strafe nach dem Recht des ersuchenden Staates verjährt ist.

#### **Artikel 8**

##### **Todesstrafe**

(1) Wenn die dem Auslieferungersuchen zugrundeliegende strafbare Handlung nach dem Recht des ersuchenden Staates, nicht aber nach dem Recht des ersuchten Staates, mit der Todesstrafe bedroht ist, kann der ersuchte Staat die Auslieferung ablehnen, sofern der ersuchende Staat nicht eine Zusicherung abgibt, daß die Todesstrafe nicht verhängt wird (im Fall einer zur Strafverfolgung gesuchten Person) oder nicht vollstreckt wird (im Fall einer Person, die bereits im Zeitpunkt, in dem um die Auslieferung ersucht wurde, zum Tode verurteilt worden war).

(2) In den Fällen, in denen der ersuchende Staat eine Zusicherung nach Absatz 1 dieses Artikels abgegeben hat, wird der ersuchte Staat die Auslieferung bewilligen und wird der ersuchende Staat die Zusicherung völlig einhalten.

#### **Artikel 9**

##### **Abwesenheitsurteil**

Wenn die auszuliefernde Person in ihrer Abwesenheit schuldig erkannt wurde, kann die zur Behandlung zuständige Behörde des ersuchten Staates die Auslieferung ablehnen, sofern der ersuchende Staat nicht solche Informationen oder Zusicherungen abgibt, die der ersuchte Staat als ausreichend erachtet, um klarzustellen, daß die Person eine angemessene Möglichkeit hatte, ihre Verteidigungsrechte zu wahren, oder daß ihr nach ihrer Übergabe angemessene Rechtsmittel oder zusätzliche Verfahren offenstehen.

#### **Artikel 10**

##### **Auslieferungsverfahren und Auslieferungsunterlagen**

(1) Alle Auslieferungersuchen werden im diplomatischen Wege übermittelt.

(2) Allen Ersuchen sind beizufügen:

- a) Urkunden, Bestätigungen oder andere Arten von Angaben, welche die Identität, die Staatsangehörigkeit und den wahrscheinlichen Aufenthaltsort der auszuliefernden Person beschreiben;
- b) Angaben, die den strafbaren Sachverhalt und den bisherigen Verfahrenfortgang beschreiben;
- c) der Wortlaut der Gesetzesbestimmungen, die die wesentlichen Elemente der Straftat beschreiben, für die die Auslieferung begehrt wird;
- d) der Wortlaut der Gesetzesbestimmungen, die die Strafdrohung für die Straftat vorschreiben;
- e) eine Bestätigung über die gesetzlichen Vorschriften betreffend die zeitlichen Beschränkungen der Verfolgung; und
- f) gegebenenfalls die in Absatz 3 und 4 dieses Artikels genannten Urkunden, Bestätigungen und andere Arten von Angaben.

(3) Einem Auslieferungersuchen zur Strafverfolgung der auszuliefernden Person ist beizufügen:

- a) eine Ausfertigung des Haft- oder Festnahmebefehls, ausgefertigt von einem Richter oder einer anderen zuständigen Behörde;
- b) falls vorhanden, eine Kopie der Anklageschrift; und
- c) Urkunden, die ausreichende Angaben enthalten,

aus denen sich eine ausreichende Grundlage für die Annahme ergibt, daß die auszuliefernde Person die strafbare Handlung begangen hat, für die die Auslieferung begehrt wird, und daß sie die im Haftbefehl genannte Person ist.

(4) Einem Auslieferungersuchen hinsichtlich einer Person, die der Straftat bereits schuldig gesprochen wurde, für die die Auslieferung begehrt wird, ist beizufügen:

- a) eine Ausfertigung des schuldig sprechenden Urteils oder, wenn eine solche Ausfertigung nicht verfügbar ist, eine Bestätigung einer Justizbehörde, daß die Person schuldig gesprochen worden ist;
- b) Angaben, die begründen, daß die auszuliefernde Person jene Person ist, auf welche sich der Schuldspruch bezieht; und

- c) eine Ausfertigung der Entscheidung über die verhängte Strafe, wenn die auszuliefernde Person bereits zu einer solchen verurteilt wurde, und eine Bestätigung, aus welcher hervorgeht, bis zu welchem Ausmaß die Strafe bereits vollzogen wurde.

(5) Unterlagen, die im diplomatischen Wege übermittelt werden, werden in Auslieferungsverfahren im ersuchten Staat ohne weitere Bestätigung, Beglaubigung oder sonstige Legalisierung zugelassen.

#### **Artikel 11**

##### **Ergänzende Angaben**

(1) Wenn der ersuchte Staat zu irgendeinem Zeitpunkt des Auslieferungsverfahrens die zur Unterstützung des Ersuchens um Auslieferung einer Person zur Verfügung gestellten Angaben für nicht ausreichend erachtet, die Erfordernisse für eine Auslieferung zu erfüllen, kann er um die notwendigen ergänzenden Angaben ersuchen und eine angemessene Frist für deren Einlangen festsetzen.

(2) Wenn die ergänzenden Angaben nicht ausreichend sind oder nicht innerhalb der angegebenen Zeit einlangen und wenn auf Grund dessen die auszuliefernde Person auf freien Fuß gesetzt wird, so schließt dies nicht aus, daß der ersuchende Staat ein neues Ersuchen um Auslieferung dieser Person stellt.

(3) Wenn die auszuliefernde Person enthaftet wird, wird der ersuchte Staat dies dem ersuchenden Staat so bald wie möglich zur Kenntnis bringen.

#### **Artikel 12**

##### **Übersetzungen**

Wenn nicht im Einzelfall anderes vereinbart wird, sind alle Unterlagen vom ersuchenden Staat in die Sprache des ersuchten Staates zu übersetzen. Die Übersetzung bedarf keiner Bestätigung.

#### **Artikel 13**

##### **Vorläufige Auslieferungshaft**

(1) Im Dringlichkeitsfall kann ein Vertragsstaat um vorläufige Verhaftung der auszuliefernden Person bis zur Vorlage eines Auslieferungsbegehrens ersuchen. Ein Ersuchen um Verhängung der vorläufigen Auslieferungshaft kann im diplomatischen Weg oder direkt zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich und dem Justizministerium der Vereinigten Staaten übermittelt werden. Die Einrichtungen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) können für die Übermittlung eines solchen Ersuchens benützt werden.

(2) Das Ersuchen um vorläufige Auslieferungshaft hat zu enthalten:

- a) eine Beschreibung der auszuliefernden Person und Angaben über deren Staatsangehörigkeit;
- b) den Aufenthaltsort der Person, sofern dieser bekannt ist;
- c) eine kurze Sachverhaltsdarstellung des Falles einschließlich von Zeit und Ort der strafbaren Handlung, soweit dies möglich ist;
- d) eine Anführung der verletzten Gesetzesbestimmungen und der anwendbaren Strafdrohung;
- e) eine Bestätigung über das Bestehen eines Haftbefehls, eines Schuldspruchs oder eines Urteils gegen die auszuliefernde Person; und
- f) eine Bestätigung, daß ein Auslieferungsersuchen hinsichtlich der auszuliefernden Person gestellt werden wird.

(3) Der ersuchende Staat wird ohne Verzögerung unterrichtet, inwieweit seinem Ersuchen stattgegeben wurde.

(4) Eine Person, über die die vorläufige Auslieferungshaft verhängt wurde, kann nach dem Ablauf von sechzig (60) Tagen ab dem Tag der Verhaftung auf Grund des Ersuchens des ersuchenden Staates auf freien Fuß gesetzt werden, wenn dem ersuchten Staat kein förmliches Auslieferungsersuchen samt den gemäß Artikel 10 erforderlichen Unterlagen zugekommen ist.

(5) Die Aufhebung der vorläufigen Auslieferungshaft gemäß Absatz 4 hindert nicht eine neuerliche Verhaftung und die Auslieferung, falls das Auslieferungsersuchen später einlangt.

#### **Artikel 14**

##### **Entscheidung und Übergabe**

(1) Der ersuchte Staat unterrichtet den ersuchenden Staat umgehend über seine Entscheidung über das Auslieferungsersuchen. Wenn das Ersuchen zur Gänze oder zum Teil abgelehnt wird, wird der ersuchte Staat eine Erklärung der Ablehnungsgründe anschließen.

(2) Wenn das Auslieferungersuchen bewilligt wird, werden die Behörden der Vertragsparteien einvernehmlich die Zeit und den Ort der Übergabe der auszuliefernden Person festlegen. Der ersuchte Staat wird bekanntgeben, während welcher Zeit sich die auszuliefernde Person in Auslieferungshaft befunden hat.

(3) Wenn die auszuliefernde Person nicht innerhalb der durch die Gesetze des ersuchten Staates vorgeschriebenen Zeit oder, wenn im ersuchten Staat keine diesbezügliche Regelung besteht, innerhalb der vom ersuchten Staat festgelegten angemessenen Zeit von dessen Staatsgebiet abgeholt wird, kann diese Person enthaftet werden. In solchen Fällen kann der ersuchte Staat in der Folge die Auslieferung wegen derselben Straftat ablehnen.

(4) Wenn eine Vertragspartei durch Umstände, die nicht ihrem Einfluß unterliegen, an der zeitgerechten Übergabe oder Übernahme der auszuliefernden Person gehindert ist, wird sie dies der anderen Vertragspartei vor Ablauf der Frist zur Kenntnis bringen. In einem solchen Fall können die zuständigen Behörden der Vertragsparteien hinsichtlich eines neuen Zeitpunkts der Übergabe Einvernehmen pflegen.

### **Artikel 15**

#### **Aufgeschobene und zeitweilige Übergabe**

(1) Wenn das Auslieferungersuchen hinsichtlich einer Person bewilligt wird, gegen die im ersuchten Staat ein Verfahren geführt wird oder die dort eine Strafe verbüßt, so kann der ersuchte Staat die Übergabe der auszuliefernden Person aufschieben. Der Aufschub kann bis zum Abschluß des Verfahrens und zur Verbüßung der Strafe dauern.

(2) In derartigen Fällen kann der ersuchte Staat die auszuliefernde Person dem ersuchenden Staat zum Zwecke der Strafverfolgung auch zeitweise übergeben. Die so übergebene Person wird im ersuchenden Staat in Haft gehalten und nach Beendigung des Verfahrens gegen diese Person in Übereinstimmung mit den im Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien festzulegenden Bedingungen rücküberstellt. Die Zeit, die auf dem Gebiet des ersuchenden Staates in Haft zugebracht wurde, wird auf die im ersuchten Staat verhängte oder zu verhängende Strafe angerechnet.

### **Artikel 16**

#### **Aufschub des Auslieferungsverfahrens**

Hinsichtlich einer Person, gegen die im ersuchten Staat eine Strafverfolgung im Gange ist, kann dieser Staat das Auslieferungsverfahren bis zum Abschluß des Strafverfahrens aufschieben.

### **Artikel 17**

#### **Auslieferungersuchen mehrerer Staaten**

(1) Wenn der ersuchte Staat Ersuchen sowohl der anderen Vertragspartei als auch irgendeines anderen Staates oder anderer Staaten um Auslieferung derselben Person entweder wegen derselben strafbaren Handlung oder wegen anderer strafbarer Handlungen erhält, entscheidet die zur Behandlung zuständige Behörde des ersuchten Staates, welchem Staat die Person übergeben wird. Bei seiner Entscheidung wird der ersuchte Staat alle maßgeblichen Umstände berücksichtigen, einschließlich

- a) vertragliche Verpflichtungen;
- b) den Tatort jeder strafbaren Handlung;
- c) die jeweiligen Interessen der ersuchenden Staaten;
- d) die Schwere der strafbaren Handlungen;
- e) die Möglichkeit einer Weiterlieferung zwischen den ersuchenden Staaten und
- f) die zeitliche Reihenfolge des Einlangens der Ersuchen der ersuchenden Staaten.

(2) Liegen den Ersuchen verschiedene strafbare Handlungen zugrunde und wird dem Ersuchen eines dritten Staates der Vorzug gegeben, so kann der ersuchte Staat mitteilen, inwieweit er auf die Beachtung des Grundsatzes der Spezialität in bezug auf die mögliche Weiterlieferung verzichtet.

### **Artikel 18**

#### **Beschlagnahme und Übergabe von Gegenständen**

(1) Soweit es nach seinen Gesetzen zulässig ist, kann der ersuchte Staat alle Gegenstände, Schriftstücke und Beweismittel, die im Zusammenhang mit der strafbaren Handlung stehen, wegen der um Auslieferung ersucht wurde, beschlagnahmen. Diese Gegenstände sind dem ersuchenden Staat zu übergeben, wenn die Auslieferung bewilligt wird. Die in diesem Artikel genannten Gegenstände können

auch übergeben werden, wenn die Auslieferung wegen des Todes, des Verschwindens oder der Flucht der auszuliefernden Person nicht durchgeführt werden kann.

(2) Der ersuchte Staat kann die Übergabe von Gegenständen von befriedigenden Zusicherungen des ersuchenden Staates abhängig machen, daß die Gegenstände dem ersuchten Staat sobald wie möglich zurückgegeben werden. Der ersuchte Staat kann auch die Übergabe der Gegenstände aufschieben, wenn diese als Beweismittel im ersuchten Staat benötigt werden.

(3) Die Rechte Dritter an diesen Gegenständen sind ordnungsgemäß zu berücksichtigen.

(4) Wenn Gegenstände nach diesem Artikel übergeben werden, finden einschränkende Bestimmungen betreffend die Ein- und Ausfuhr von Gegenständen und Devisen keine Anwendung.

### **Artikel 19**

#### **Grundsatz der Spezialität**

(1) Eine nach diesem Vertrag ausgelieferte Person darf im ersuchenden Staat nicht in Haft gehalten, verurteilt, bestraft oder irgendeiner anderen Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit auf Grund einer strafbaren Handlung unterworfen werden, ausgenommen wegen:

- a) einer strafbaren Handlung, für die die Auslieferung bewilligt wurde, oder einer strafbaren Handlung, der derselbe Sachverhalt zugrunde liegt, für den die Auslieferung bewilligt wurde, vorausgesetzt, daß eine solche strafbare Handlung der Auslieferung unterliegt oder eine darin enthaltene geringere strafbare Handlung ist;
- b) einer nach der Übergabe der Person begangenen strafbaren Handlung; oder
- c) einer strafbaren Handlung, hinsichtlich derer die zur Behandlung zuständige Behörde des ersuchten Staates der Verhaftung, dem Strafverfahren, der Bestrafung oder anderen Einschränkungen der persönlichen Freiheit zustimmt. Zu diesem Zweck kann der ersuchte Staat die Vorlage der gemäß Artikel 10 erforderlichen Unterlagen und eine rechtsförmliche Niederschrift über jede von der ausgelieferten Person zum Zustimmungersuchen abgegebene Stellungnahme verlangen. Die auszuliefernde Person kann vom ersuchenden Staat für die Dauer von 90 Tagen oder für einen vom ersuchten Staat genehmigten längeren Zeitraum, in dem das Ersuchen bearbeitet wird, in Haft gehalten werden.

(2) Eine gemäß diesem Vertrag ausgelieferte Person darf wegen einer vor ihrer Übergabe begangenen strafbaren Handlung nicht an einen dritten Staat ausgeliefert werden, sofern der übergebende Staat nicht zustimmt.

(3) Die Beschränkungen nach den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels finden keine Anwendung, falls die ausgelieferte Person

- a) das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates nach der Auslieferung verläßt und freiwillig dorthin zurückkehrt oder rechtmäßig zurückgebracht wird; oder
- b) das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates nicht innerhalb von 30 Tagen ab dem Tag verläßt, an dem die Person den Staat verlassen darf.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels hindern den ersuchenden Staat nicht daran, die nach seinem Recht erforderlichen Maßnahmen zur Veranlassung der Abschiebung der ausgelieferten Person aus seinem Hoheitsgebiet oder gegen die Verjährung der Strafverfolgung zu treffen.

### **Artikel 20**

#### **Vereinfachte Auslieferung**

Erscheint die Auslieferung nach dem Recht des ersuchten Staates nicht offensichtlich unzulässig und hat sich die auszuliefernde Person mit ihrer Auslieferung und Übergabe ohne Durchführung eines förmlichen Auslieferungsverfahrens einverstanden erklärt, so kann der ersuchte Staat diese Person ohne ein förmliches Auslieferungsverfahren übergeben. In diesem Fall findet Artikel 19 keine Anwendung, wovon der ersuchte Staat den ersuchenden Staat in Kenntnis setzen wird.

### **Artikel 21**

#### **Durchlieferung**

(1) Jede Vertragspartei kann die Durchbeförderung einer Person, die von einem dritten Staat an die andere Vertragspartei ausgeliefert wird, durch ihr Staatsgebiet bewilligen. Ein Durchlieferungsersuchen wird im diplomatischen Weg oder direkt zwischen dem österreichischen Bundesministerium für Justiz und dem Justizministerium der Vereinigten Staaten gestellt. Die Einrichtungen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) können für die Übermittlung eines solchen Ersuchens

benützt werden. Das Ersuchen wird eine Beschreibung der durchzuliefernden Person und eine kurze Zusammenfassung des Sachverhaltes des Falles enthalten. Eine durchzuliefernde Person wird während der Durchlieferung in Haft gehalten.

(2) Keine Genehmigung ist erforderlich, wenn der Luftweg von einem Vertragsstaat benützt wird und keine Zwischenlandung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates vorgesehen ist. Wenn eine unvorhergesehene Zwischenlandung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates stattfindet, kann dieser Staat das in Absatz 1 vorgesehene Durchlieferungsersuchen verlangen. Dieser Vertragsstaat wird die zu befördernde Person in Haft halten, bis das Durchlieferungsersuchen einlangt und die Durchlieferung durchgeführt wird, jedoch nur sofern das Ersuchen innerhalb von 96 Stunden nach der unvorhergesehenen Zwischenlandung einlangt.

## **Artikel 22**

### **Unterstützung und Kosten**

(1) Die zuständigen Behörden des ersuchten Staates werden den ersuchenden Staat beraten und dessen Interessen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln im Auslieferungsverfahren vor den zuständigen Richtern und Beamten vertreten.

(2) Der ersuchende Staat wird die Kosten für die Übersetzung der Schriftstücke und den Transport der zu übergebenden Person tragen. Der ersuchte Staat bezahlt alle anderen Kosten, die in diesem Staat auf Grund des Auslieferungsverfahrens entstanden sind.

(3) Keiner der Staaten wird gegen den anderen Staat finanzielle Ansprüche stellen, die durch die Verhaftung, Anhaltung, Untersuchung oder Übergabe der auszuliefernden Person nach den Bestimmungen dieses Vertrages entstanden sind.

## **Artikel 23**

### **Konsultationen**

Das österreichische Bundesministerium für Justiz und das Justizministerium der Vereinigten Staaten können einander im Zusammenhang mit der Erledigung einzelner Fälle und zur Förderung und Verbesserung des Verfahrens in Durchführung dieses Vertrages direkt konsultieren.

## **Artikel 24**

### **Anwendungsbereich**

Dieser Vertrag findet auf strafbare Handlungen Anwendung, die vor und nach seinem Inkrafttreten begangen wurden.

## **Artikel 25**

### **Ratifikation und Inkrafttreten**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Washington ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Vertrages treten der Auslieferungsvertrag zwischen der Regierung der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika und der Notenwechsel über die Todesstrafe, unterzeichnet in Wien am 31. Jänner 1930, und der Zusatzvertrag zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika, unterzeichnet in Wien am 19. Mai 1934, außer Kraft. Unbeschadet dessen werden der frühere Vertrag und der Zusatzvertrag auf jedes Auslieferungsverfahren angewendet, in welchem die Auslieferungsunterlagen im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages bereits den Gerichten des ersuchten Staates vorgelegt wurden. Artikel 2 dieses Vertrages findet jedoch auf solche Auslieferungsverfahren Anwendung. Die Artikel 15 und 19 dieses Vertrages finden auf Personen Anwendung, deren Auslieferung auf Grund der früheren Verträge bewilligt wurde.

## **Artikel 26**

### **Kündigung**

Jede Vertragspartei kann diesen Vertrag jederzeit durch schriftliche Mitteilung an die andere Vertragspartei auf diplomatischem Weg kündigen. Diese Kündigung wird sechs Monate nach dem Einlangen einer solchen Mitteilung wirksam.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Washington am 8. Jänner 1998 in zwei Ausfertigungen in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung der Republik Österreich:

**Dr. Nikolaus Michalek m. p.**

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika:

**Janet Reno m. p.**

## **EXTRADITION TREATY BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF THE UNITED STATES OF AMERICA**

The Government of the Republic of Austria and the Government of the United States of America,

Recalling the Convention between the United States of America and Austria for the extradition of fugitives from justice, and exchange of notes concerning the death penalty, signed at Vienna, January 31, 1930, and the Supplementary Convention thereto signed at Vienna, May 19, 1934;

Noting that both the Republic of Austria and the United States of America currently apply the terms of that Treaty;

Desiring to provide for more effective cooperation between the two States in the suppression of crime and, for that purpose, to conclude a new Treaty for the extradition of offenders;

Have agreed as follows:

### **Article 1**

#### **Obligation to Extradite**

The Contracting Parties agree to extradite to each other, pursuant to the provisions of this Treaty, persons whom the authorities in the Requesting State have charged with or found guilty of an extraditable offense.

### **Article 2**

#### **Extraditable Offenses**

1. Extradition shall be granted for offenses which are subject under the laws in both Contracting Parties by deprivation of liberty for a period of more than one year or by a more severe penalty.

2. Extradition for the enforcement of a prison sentence or a preventive measure restricting liberty ordered by a criminal court for one or more of the offenses referred to in paragraph 1 shall be granted only if at least three months of the sentence or a preventive measure remain to be served.

3. If extradition has been granted pursuant to paragraph 1 or 2, it shall also be granted for any other offenses even if the time conditions established in those paragraphs do not apply, provided that all other requirements for extradition are met.

4. For the purposes of this article, extradition shall be granted:

- (a) Whether or not the laws in the Contracting States place the offense within the same category of offenses or describe the offense by the same terminology;
- (b) In criminal cases relating to taxes, customs duties, currency control, and import and export of commodities, whether or not the laws of the Contracting States provide for the same kinds of taxes, or customs duties or controls on currency or on the import or export of the same kinds of commodities; and
- (c) Whether or not the offense is one for which United States Federal law requires the showing of such matters as interstate transportation, or use of the mails or of other facilities affecting interstate or foreign commerce, such matters being merely for the purpose of establishing jurisdiction in a United States Federal court.

5. Subject to the conditions set out in paragraph 1, an offense shall also be an extraditable offense if it consists of an attempt or a conspiracy to commit, or participation in the commission of, an offense.

6. Extradition may be granted for an extraditable offense regardless of where the act or acts constituting the offense were committed.



**Article 3**  
**Nationality**

1. Neither Party shall be bound to extradite its own nationals, but the executive authority of the Requested State shall have the power to extradite such persons if, in its discretion, it be deemed proper to do so and provided the law of the Requested State does not so preclude.

2. If extradition is refused solely on the basis of the nationality of the person sought, the Requested State shall, at the request of the Requesting State, submit the case to its authorities for prosecution.

**Article 4**  
**Political and Military Offenses**

1. Extradition shall not be granted if the offense for which extradition is requested is a political offense.

2. For the purposes of this Treaty, the following offenses shall not be considered to be political offenses:

- (a) Murder;
- (b) Any other willful crime against the person of a Head of State of one of the Contracting States, or of a member of the Head of State's family; and
- (c) An offense for which both Contracting States have the obligation pursuant to a multilateral international agreement to extradite the person sought or to submit the case to their competent authorities for decision as to prosecution.

3. Extradition shall not be granted if the executive authority of the Requested State determines that the request was politically motivated.

4. The Requested State may refuse extradition for offenses under military law which are not offenses under ordinary criminal law.

**Article 5**  
**Jurisdiction of the Requested State**

1. Extradition may be refused if the person sought is proceeded against in the Requested State for the offense for which extradition is requested.

2. Notwithstanding paragraph 1, extradition may be granted if the competent authorities of the Requested State have decided not to prosecute the person sought for the offense for which extradition is requested or decided to discontinue any criminal proceedings which have been initiated against the person for those acts.

**Article 6**  
**Non Bis in Idem**

1. Extradition shall not be granted when the person sought has been convicted or discharged with final and binding effect by the competent authorities in the Requested State for the offense for which extradition is requested.

2. An acquittal or a discharge for lack of jurisdiction is not an obstacle to extradition.

**Article 7**  
**Lapse of Time**

Extradition shall not be granted if the prosecution or the carrying out of the sentence has become barred by lapse of time under the laws of the Requesting State.

**Article 8**  
**Capital Punishment**

1. When the offense for which extradition is sought is punishable by death under the laws in the Requesting State and is not punishable by death under the laws in the Requested State, the Requested State may refuse extradition unless the Requesting State provides an assurance that the death penalty will not be imposed (in the case of a person sought for trial) or carried out (in the case of a person already sentenced to death at the time extradition is requested).

2. In instances in which a Requesting State provides an assurance in accordance with paragraph 1 of this article, the Requested State shall grant extradition, and the Requesting State shall fully comply with the assurance.

### **Article 9**

#### **Convictions in Absentia**

If the person sought has been found guilty in absentia, the executive authority of the Requested State may refuse extradition unless the Requesting State provides it with such information or assurances as the Requested State considers sufficient to demonstrate that the person was afforded an adequate opportunity to present a defense or that there are adequate remedies or additional proceedings available to the person after surrender.

### **Article 10**

#### **Extradition Procedures and Required Documents**

1. All requests for extradition shall be submitted through the diplomatic channel.
2. The requests for extradition shall be supported by:
  - (a) Documents, statements, or other types of information which describe the identity, the nationality and probable location of the person sought;
  - (b) Information describing the facts of the offense and the procedural history of the case;
  - (c) The text of the law describing the essential elements of the offense for which extradition is requested;
  - (d) The text of the law prescribing the punishment for the offense;
  - (e) A statement of the provisions of law describing any time limit on the prosecution; and
  - (f) The documents, statements, or other types of information specified in paragraph 3 or 4 of this article, as applicable.
3. A request for extradition of a person who is sought for prosecution shall be supported by:
  - (a) A copy of the warrant or order of arrest issued by a judge or other competent authority;
  - (b) A copy of the charging document, if any; and
  - (c) Documents setting forth sufficient information to provide a reasonable basis to believe that the person to be extradited committed the offense for which extradition is requested and is the person named in the warrant of arrest.
4. A request for extradition relating to a person who has been found guilty of the offense for which extradition is sought shall be supported by:
  - (a) A copy of the judgment of conviction or, if such copy is not available, a statement by a judicial authority that the person has been found guilty;
  - (b) Information establishing that the person sought is the person to whom the finding of guilt refers; and
  - (c) A copy of the sentence imposed, if the person sought has been sentenced, and a statement establishing to what extent the sentence has been carried out.
5. Documents transmitted through the diplomatic channel shall be admissible in extradition proceedings in the Requested State without further certification, authentication, or other legalization.

### **Article 11**

#### **Supplementary Information**

1. If, at any stage of the extradition proceedings, the Requested State considers that the information furnished in support of the request for the extradition of a person is not sufficient to fulfill the requirements for extradition, that State may request the necessary supplementary information and may fix a reasonable time-limit for the receipt thereof.
2. If the supplementary information furnished is not sufficient or is not received within the time specified, and if, as a consequence, the person sought is discharged, such discharge shall not preclude the Requesting State from making a new request for the extradition of the person sought.
3. Where the person sought is discharged from custody, the Requested State shall notify the Requesting State as soon as practicable.

**Article 12****Translation**

Unless otherwise agreed as appropriate in a specific case, all documents shall be translated by the Requesting State into the language of the Requested State. Translation need not be certified.

**Article 13****Provisional Arrest**

1. In case of urgency, a Contracting State may request the provisional arrest of the person sought pending presentation of the request for extradition. A request for provisional arrest may be transmitted through the diplomatic channel or directly between the Ministry of Justice of Austria and the United States Department of Justice. The facilities of the International Criminal Police Organization (INTERPOL) may be used to transmit such a request.

2. The application for provisional arrest shall contain:

- (a) A description of the person sought and information concerning the person's nationality;
- (b) The location of the person sought if known;
- (c) A brief statement of the facts of the case, including, if possible, the time and location of the offense;
- (d) A description of the laws violated and the applicable penalty;
- (e) A statement of the existence of a warrant of arrest or finding of guilt or a judgment of conviction against the person sought; and
- (f) a statement that a request for extradition for the person sought will follow.

3. The Requesting State shall be notified without delay of the extent to which its request has been complied with.

4. A person who is provisionally arrested may be discharged from custody upon the expiration of sixty (60) days from the date of arrest pursuant to the application of the Requesting State if the executive authority of the Requested State has not received the formal request for extradition and the supporting documents required in Article 10.

5. Termination of provisional arrest pending extradition pursuant to paragraph 4 is not an obstacle to rearrest and extradition if the extradition request is received later.

**Article 14****Decision and Surrender**

1. The Requested State shall promptly notify the Requesting State of its decision on the request for extradition. If the request is denied in whole or in part, the Requested State shall provide an explanation of the reasons for the denial.

2. If the request for extradition is granted, the authorities of the Contracting Parties shall decide on the time and place for the surrender of the person sought. The Requested State shall make known for what period the person sought was in custody pending extradition.

3. If the person sought is not removed from the territory of the Requested State within the time prescribed by the law of that state or, if the Requested State has no such law, within a reasonable period of time to be determined by the Requested State, that person may be discharged from custody. In such cases the Requested State may subsequently refuse extradition for the same offense.

4. If circumstances beyond its control prevent a Contracting Party from timely surrendering or taking delivery of the person to be extradited, it shall notify the other Contracting Party before the expiration of the time limit. In such a case, the competent authorities of the Contracting Parties may decide upon a new date for the surrender.

**Article 15****Postponed and Temporary Surrender**

1. If the extradition request is granted in the case of a person who is being proceeded against or is serving a sentence in the Requested State, the Requested State may postpone the surrender of the person sought. The postponement may continue until the prosecution of the person has been concluded and any sentence has been served.

2. In such cases, the Requested State may also temporarily surrender the person sought to the Requesting State for the purpose of prosecution. The person so surrendered shall be kept in custody in the Requesting State and shall be returned to the Requested State after the conclusion of the proceedings against that person, in accordance with conditions to be determined by agreement of the Contracting States. The time spent in custody in the territory of Requesting State shall be counted toward the penalty imposed or to be imposed in the Requested State.

#### **Article 16**

##### **Deferral of Extradition Proceedings**

In the case of a person who is being prosecuted in the Requested State, that state may defer the extradition proceedings until the prosecution has been concluded.

#### **Article 17**

##### **Requests for Extradition Made by Several States**

1. If the Requested State receives requests from the other Contracting State and from any other State or States for the extradition of the same person, either for the same offense or for a different offense, the executive authority of the Requested State shall determine to which State it will surrender the person. In making its decision, the Requested State shall consider all relevant factors, including but not limited to:

- (a) Treaty obligations;
- (b) The place where each offense was committed;
- (c) The respective interests of the Requesting States;
- (d) The gravity of the offenses;
- (e) The possibility of further extradition between the Requesting States; and
- (f) The chronological order in which the requests were received from the Requesting States.

2. If the requests are based on different offenses and if precedence is given to the request of a third state, the Requested State may report to what extent it waives the rule of speciality with respect to possible further extradition.

#### **Article 18**

##### **Seizure and Surrender of Property**

1. To the extent permitted under its law, the Requested State may seize all articles, documents, and evidence connected with the offense for which extradition is sought. Such items shall be surrendered to the Requesting State if extradition is granted. The items mentioned in this article may be surrendered even when extradition cannot be effected due to the death, disappearance, or escape of the person sought.

2. The Requested State may condition the surrender of the items upon satisfactory assurances from the Requesting State that the items will be returned to the Requested State as soon as practicable. The Requested State may also defer the surrender of such items if they are needed as evidence in the Requested State.

3. The rights of third parties in such property shall be duly respected.

4. When items are surrendered pursuant to this article, restrictive regulations concerning the import and export of articles and foreign currency shall not apply.

#### **Article 19**

##### **Rule of Specialty**

1. A person extradited under this Treaty may not be detained, tried, punished, or subjected to any other restriction of his personal liberty in the Requesting State in relation to an offense, except for:

- (a) An offense for which extradition has been granted or an offense based on the same facts on which extradition was granted, provided such offense is extraditable or is a lesser included offense; or
- (b) An offense committed after the surrender of the person; or
- (c) An offense for which the executive authority of the Requested State consents to the person's detention, trial, punishment, or other restriction of personal liberty. For this purpose, the Requested State may require the submission of the documents called for in Article 10 and a legal record of any statements made by the extradited person in respect of the request for consent. The person extradited may be detained by the Requesting State for 90 days, or for such longer period of time as the Requested State may authorize, while the request is being processed.

2. A person extradited under this Treaty may not be extradited to a third State for an offense committed prior to his surrender unless the surrendering State consents.

3. The restrictions set forth in paragraphs 1 and 2 of this article shall not apply if the extradited person:

- (a) Leaves the territory of the Requesting State after extradition and voluntarily returns or is lawfully returned to it; or
- (b) Does not leave the territory of the Requesting State within 30 days from the day on which that person is free to leave.

4. The provisions of this article shall not prevent the Requesting State from taking measures necessary under its law to effect the deportation of the extradited person from its territory or to prevent expiration of a right of action through lapse of time.

#### **Article 20**

##### **Simplified Extradition**

If extradition is not obviously precluded by the laws of the Requested State and if the person sought consents to extradition and surrender without formal extradition proceedings, the Requested State may surrender the person without formal proceedings. In this case Article 19 shall not be applicable, and the Requested State shall so inform the Requesting State.

#### **Article 21**

##### **Transit**

1. Either Contracting State may authorize transportation through its territory of a person who is being extradited to the other State by a third State. A request for transit shall be made through the diplomatic channel or directly between the Ministry of Justice of Austria and the United States Department of Justice. The facilities of the International Criminal Police Organization (INTERPOL) may be used to transmit such a request. It shall contain a description of the person being transported and a brief statement of the facts of the case. A person in transit shall be detained in custody during the period of transit.

2. No authorization is required where air transportation is used by one Contracting State and no landing is scheduled on the territory of the other State. If an unscheduled landing occurs on the territory of the other Contracting State, that State may require the request for transit as provided in paragraph 1. That Contracting State shall detain the person to be transported until the request for transit is received and the transit is effected, so long as the request is received within 96 hours of the unscheduled landing.

#### **Article 22**

##### **Assistance and Expenses**

1. The appropriate authorities of the Requested State shall advise the Requesting State and represent its interests by all legal means within their power in extradition proceedings before the competent judges and officials.

2. The Requesting State shall bear the expenses related to the translation of documents and the transportation of the person surrendered. The Requested State shall pay all other expenses incurred in that State by reason of the extradition proceedings.

3. Neither State shall make any pecuniary claim against the other State arising out of the arrest, detention, examination, or surrender of persons sought under this Treaty.

#### **Article 23**

##### **Consultation**

The Ministry of Justice of Austria and the United States Department of Justice may consult with each other directly in connection with the processing of individual cases and in furtherance of maintaining and improving procedures for the implementation of this Treaty.

#### **Article 24**

##### **Application**

This Treaty shall apply to offenses committed before as well as after it enters into force.

**Article 25****Ratification and Entry Into Force**

1. This Treaty shall be subject to ratification and the instruments of ratification shall be exchanged at Washington as soon as possible.

2. This Treaty shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the exchange of the instruments of ratification took place.

3. Upon the entry into force of this Treaty, the Treaty between the Government of Austria and the Government of the United States of America for the extradition of fugitives from justice, and exchange of notes concerning the death penalty, signed at Vienna on January 31, 1930, and the Supplementary Extradition Convention between the Government of Austria and the Government of the United States, signed at Vienna on May 19, 1934, shall cease to have effect. Nevertheless, the prior Treaty and Supplementary Convention shall apply to any extradition proceedings in which the extradition documents have already been submitted to the courts of the Requested State at the time this Treaty enters into force, except that Article 2 of this Treaty shall be applicable to such proceedings. Articles 15 and 19 of this Treaty shall apply to persons found extraditable under the prior Treaties.

**Article 26****Termination**

Either Contracting State may terminate this Treaty at any time by giving written notice to the other Contracting State through the diplomatic channel, and the termination shall be effective six months after the date of the receipt of such notice.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorized, have signed this Treaty.

DONE at Washington, in duplicate, this eighth day of January, 1998, in the German and English languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Republic of Austria:

**Dr. Nikolaus Michalek m.p.**

For the Government of the United States of America:

**Janet Reno m.p.**

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 27. Oktober 1999 ausgetauscht; der Vertrag tritt gemäß seinem Art. 25 Abs. 2 mit 1. Jänner 2000 in Kraft.

**Klima**